

KLARTEXT

NR. 12 | NOVEMBER 2019 | INFORMATION DER BÜRGERLISTE ALTACH + DIE GRÜNEN



5 GRÜNDE FÜR 1 NEIN

Die Volksabstimmung steht unmittelbar vor der Tür und lange wurden über alle Vor- und Nachteile diskutiert und geschrieben. Jetzt heißt es zur Urne schreiten und seine Stimme abgeben. Nur, was ist jetzt wirklich die bessere Wahl? Was hilft den verkehrsgeplagten Anrainerinnen und Anrainern wirklich? Gibt es einen Autobahnanschluss und wie stark leidet die Natur unter diesem Projekt? Wie hoch sind jetzt tatsächlich die zu erwartenden

Gewinne und was sagen unsere Nachbargemeinden Hohenems und Götzis dazu? Wir empfehlen mit einem **NEIN** zu stimmen und führen dafür 5 Gründe an.

Alle Informationen rund um die Volksabstimmung finden Sie im Internet unter:
volksabstimmung-altach.at

NEIN ZU MEHR VERKEHR

Man kann es drehen und wenden wie man will. Klar ist, bei einem JA gibt es in Summe mehr Verkehr. Die massive Erhöhung der Kies- und Sandabbau- menge, von jetzt 30.000m³ auf dann bis zu 85.000m³ pro Jahr und die anschließende Wiederverfüllung mit Aushubmaterial verursacht eine Verdoppelung des Schwerverkehrs. Eine Verkehrslösung ist noch lange nicht in Sicht und das Versprechen des scheidenden Bürgermeister, nach 5 Jahren ohne Verkehrslösung den Abbau wieder stoppen zu wollen, kann von der nächsten Gemeindevertretung wieder gekippt werden.

NEIN ZUM AUTOBAHN- MÄRCHEN

Die Behauptung, dass nur mit einem JA eine Verkehrslösung möglich sei, entbehrt jeder Grundlage und ist pure Erpressung und demokratiepolitisch höchst bedenklich. Eine Bewilligung ist in weiter Ferne und völlig unsicher. Aber trotzdem wird der Bevölkerung suggeriert, dass es nur mit einem JA eine Lösung gäbe und sie sonst die Verantwortung für die ewige Verkehrsmisere zu tragen haben. Das ist Opfer-Täter Umkehr in Reinkultur! Eine Lösung für den Schwerverkehr – und nicht nur eine für die Kies-LKWs – braucht es auf alle Fälle, bei einem JA und bei einem NEIN. Und dafür ist die Gemeinde verantwortlich und nicht(!) die Anrainerinnen und Anrainer.

NEIN ZUR BELASTUNG DES ALTEN RHEINS

Auszug aus dem positiven (!) Bescheid der BH Feldkirch 2009 zur damaligen Erweiterung des Abbaugebietes. Die Amtssachverständige für Naturschutz und Landschaftsentwicklung schreibt: „... ins Auge gefasst werden sollten die jahrelangen Belastungen für die Natur, die Erholungssuchenden sowie die Altacher Bevölkerung. Durch den Verkehrslärm und die beträchtliche Staubentwicklung würden Mensch und Natur mitunter stark belastet. Staub und Lärm würden nicht nur für den Menschen, sondern auch für die Tier- und Pflanzenwelt einen erheblichen Stressfaktor darstellen“.

Anmerkung: Damals ging es „nur“ um 230.000m³, dieses Mal um 1.850.000m³, die während der nächsten 35 Jahre abgebaut und mit Aushubmaterial wieder befüllt werden!

VOLKSABSTIMME

NEIN ZUR ZERSTÖRUNG DER NATUR

Bei der Wiederbefüllung der letzten Deponie wurde miserabel gearbeitet, was der Bodenexperte DI Dr. Walter Fitz untersucht und mehrfach kritisiert hat. Seine Empfehlungen wurden anschließend nicht oder nur sehr mangelhaft umgesetzt. Bei der neuen Deponie wird durch die Kiesentnahme nicht nur ein immenser Grundwasserkörper vernichtet, sondern auch eine wichtige Versickerfläche und ein riesiger Bodenfilter zerstört – so der Amtssachverständige für Wasserbau und Gewässerschutz DI Christian Hammerl in seinem Gutachten.

NEIN ZUM FINANZIELLEN BLINDFLUG

Es gibt bis dato keinerlei Vereinbarungen mit den Gemeinden Götzis und Hohenems, keine Investitionskosten aufstellung und praktisch keine Kennzahlen für eine mittel- und langfristige Finanzplanung. Der erhoffte 50% Verteilungsschlüssel von Investitionen und Erträgen mit der Gemeinde Götzis entbehrt jeder Grundlage. Die vom Bürgermeister verlautbarten Schätzungen für die ersten Investitionen belaufen sich auf ca. € 800.000,-, die Altach alleine zu bezahlen hätte. Allein der vorliegende erste Planungsansatz für die Autobahnabfahrt mit neuem Kreisverkehr und neuen Straßen wird laut ersten Schätzungen von Experten mehrere Millionen (!) kosten.

Willis Randnotiz



HINTERGRÜNDE

Vor mehr als zwei Jahren stellte die BLA + G bei der Gemeindevertretung den Antrag, eine Absichtserklärung der Gemeinde zur Schaffung eines Naturschutzgebietes am Alten Rhein zu unterstützen. Damals stellte Vizebürgermeister Sandholzer die Frage, ob es Anlass zur Sorge gäbe, dass das Naherholungsgebiet in Gefahr sei? Der Antrag wurde dem Umweltausschuss zugewiesen, wo er stillschweigend beerdigt wurde.

Nicht einmal zwei Jahre später sind die Hintergründe klar: Ein neues Kiesabbaugebiet soll erschlossen werden. Bei so einem Riesenprojekt ist es mehr als legitim, die Bevölkerung entscheiden zu lassen. Das fand erwartungsgemäß keine Zustimmung unseres Bürgermeisters und es wurden weder (Gemeinde)Kosten noch Mühen gescheut, die Bevölkerung zu „informieren“. Dass diese „Informationen“ nicht objektiv sind, konnten viele AltacherInnen am 5. Nov. 2019 im KOM miterleben. Es wurde alles aufgefahren, was dem Bürgermeister lieb und teuer war.

Da war von Lügen die Rede und dass ich in der GVO selbst für den Kiesabbau gestimmt habe. Dabei könnte der Bürgermeister ganz einfach einen Blick ins Protokoll der Sitzung vom 7. Sept. 2017 werfen, in dem steht: *GR Willi Witzemann spricht sich für die Vorprüfung aus, legt aber Wert darauf, dass dies nicht als generelle Zustimmung zum Abbau von Kies gewertet werden darf.*

UNG-ALTACH.AT



Abbildung aus dem Mobilitätskonzept Altach, Endbericht Juli 2019

AUTOBAHN-BETRIEBS- ZUFAHRT ODER VOLLANSCHLUSS

Wie realistisch ist ein Autobahnanschluss bei der Raststätte im Zuge des geplanten Kiesabbaus und der Aushubdeponie? Laut Bürgermeister Brändle haben wir so gute Karten wie nie zuvor. Bei unseren Rückfragen bei Land und Ministerium haben wir niemanden gefunden, der über die Altacher Pläne überhaupt informiert ist. Laut Altlandesrat Karlheinz Rüdiger ist zudem eine Betriebszufahrt für ein Kieswerk sicher nicht möglich, sondern lediglich eine Anbindung an das nieder-rangige Straßennetz. Nachzuhören auf: volksabstimmung-altach.at/verkehr

BETRIEBSZUFAHRT KOPF KIES & BETON

Alle jetzt vorliegenden Pläne gehen eindeutig in Richtung Betriebszufahrt. Dem wurde auch bei der letzten Informationsveranstaltung weder von Bürgermeister Brändle noch von Verkehrsplaner Helmut Köll widersprochen. Die Idee: Abfahrt von der Autobahn auf den Parkplatz der Rheinauen, dort ist für Badegäste Endstation. Nur berechnete LKWs sollen über eine

Schrankenanlage zur Deponie weiterfahren dürfen. Eine Entlastung vom restlichen Schwerverkehr für Unterhub, Oberhub, Rheinstraße, Konstanzerstraße, Lirerstraße oder Emme wird damit nicht erreicht.

ZUFAHRT RHEINAUEN

Eine Zufahrt zum Erholungsgebiet Rheinauen ist künftig für alle PKWs ausschließlich über die Autobahn möglich (Fahrverbot von Hohenems und Altach). Der Zugang zum Vitaparcours fehlt, ebenso die Verkehrsführung für Radfahrer oder Mofas.

VOLLANSCHLUSS

Sollte das Fahrverbot aufgehoben werden, wird aus der Betriebszufahrt ein Autobahn-Vollanschluss. Ein Vollanschluss, der in die Hohenemser Rheinfähre und in die Altacher Rheinstraße führt. Das kann niemand ernsthaft wollen und würde von der ASFINAG auch niemals genehmigt werden.

FAZIT

Wie man den gewünschten Autobahnanschluss auch „dreht und wendet“, er ist ein Murks und keine Lösung.

DAS 5 JAHRES- VERSPRECHEN

Bürgermeister Brändle verspricht nach fünf Jahren ohne Verkehrslösung mit dem Kiesabbau wieder aufzuhören. Bei der letzten Gemeindevertretung wurde mit Stimmen von ÖVP und SPÖ ein dahingehender Antrag beschlossen: „Die Gemeindevertretung verpflichtet sich, dass im Fall eines JA's bei der bevorstehenden Volksabstimmung, das Projekt Kiesabbau NEU (westlich Sauwinkel) nur dann umgesetzt wird, wenn eine Reduzierung um mindestens drei Viertel des derzeitigen Schwerverkehrs für Kies-Aushub auf den innerörtlichen Gemeindestraßen (östlich der Autobahn) erreicht werden kann. Sollte bis zum 30.09.2024 keine entsprechende Straßenlösung zur Verkehrsführung des Schwerverkehrs für Kies-Aushub umgesetzt sein, dann muss der Kiesabbau unterbrochen werden.“

Das heißt: Bei einem JA wird mit dem Kiesabbau bereits begonnen und später möglicherweise wieder unterbrochen!

Der von der BLA + G eingebrachte Änderungsantrag, im Falle eines JA's überhaupt erst mit dem Kiesabbau anzufangen, wenn eine Verkehrslösung vorliegt, wurde abgelehnt.

WIE VERBINDLICH IST DAS VERSPRECHEN?

Die künftige Gemeindevertretung, die im März 2020 neu gewählt wird, kann den jetzigen Beschluss aber jederzeit und aus welchen Gründen auch immer, aufheben oder abändern. Dann laufen der begonnene Kiesabbau und die Wiederverfüllung einfach munter weiter und die Verkehrslösung kommt irgendwann oder auch gar nie.

Der jetzt beschlossene Antrag ist rechtlich nicht bindend und kann von der Gemeindevertretung auch wieder aufgehoben werden.



BürgerListe Altach + Die Grünen

Achstraße 57, 6844 Altach
buerglerliste@bla-altach.at
bla-altach.at

